

# **Haushaltsrede**

## **zum Haushalts sicherungskonzept 2005**

von Dieter Wienand für die  
**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

in der Ratsitzung am 16.03.2005

( Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Bornheimer Rat,  
sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen aus der Verwaltung.

liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen!

Nach der letzten Kommunalwahl hat sich der Bornheimer Rat entscheidend verändert - sehr zu meiner Freude!

Lassen sie mich zuerst auf die Positionen eingehen, welche die im Rat vertretenen Parteien gegenüber dem Haushalt einnehmen!

Die Zustimmung, die Sie, Herr Rüth, für Ihre Fraktion soeben zum Ausdruck gebracht haben, freut uns und wir respektieren ausdrücklich dieses Verhalten.

Sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, angesichts dieser - im Planentwurf bereits seit Wochen auf dem Tisch liegenden Zahlen - gäbe es keine ernsthafte Opposition mehr, welche die Haushaltslage kritisch unter die Lupe nimmt", so ist das schlicht und ergreifend falsch. Allen hier im Rat ist der Ernst der Lage bewusst. Es gibt in diesem Rat durchaus verschiedene Vorstellungen darüber, wie viel Geld eingespart werden kann und wofür wir die wenigen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ausgeben sollen! :

Beim der neuen Bornheimer Farbpalette aus Sozialdemokraten, Wählergemeinschaft, und uns Grünen blieben angesichts des finanzpolitischen Desasters, das uns die CDU nach 58 Jahren Alleinherrschaft in Kombination mit Landes- und Bundespolitik hinterlassen haben, nicht viele Möglichkeiten, eigene Akzente zu setzen. Insofern blieb leider den Bündnispartnern nicht viel anderes übrig, als viele sinnvolle Vorschläge aus den eigenen Reihen in den Vorbesprechungen abzulehnen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Ich will nun darstellen, warum für uns Alle zu hoffen ist, dass der Bürgermeister die Politik der letzten Monate im Grundsatz fortsetzt. Bornheim hat seit der Wahl bis heute unbestritten eine positive Entwicklung genommen- und dies trotz dramatischer Rahmenbedingungen mit einer hohen Arbeitslosenquote und trotz finanzieller Einbrüche, bei denen selbst der Silberstreif am Horizont eher eine Fata Morgana zu sein scheint.

Wir haben einen bunten Faden gefunden und Ziele für Bornheims künftige Entwicklung definiert. Hierzu war die Erkenntnis notwendig, dass die Stadt nicht

weiter ungebremst vor allem in den Hanglagen wachsen sollte. Einige der Bebauungspläne konnten wir als Altlasten kostenneutral aufheben.

Ebenso konnten wir Entzerrungen im Straßenausbau-Programm vornehmen, die im Haushalt 2005 zu Einsparungen von rund 600.000 € führten.

Da wundert es denn schon, wenn CDU-Planungssprecher Dieter Müller der Presse gegenüber verkündet, dass diese Maßnahme zu keinen „nennenswerten Einsparungen für den städtischen Haushalt“ führen würde.

Herr Rüth irrt übrigens, dass die CDU den chaotischen Straßenausbau in geordnete Bahnen gelenk habe. Es waren die Grünen die die Prioritätenliste auf den weg gebracht habe. Sie sind lediglich auf den fahrenden Zug aufgesprungen.

Auch an anderen Stellen hat die Bunte Liste Pflöcke eingeschlagen:

Doch lassen Sie mich nun auf den Haushalt 2005 eingehen.

Durch eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplans trägt die Bunte Liste nun den Bedürfnissen vor allem junger Familien mit Kindern Rechnung, ihre Zukunft weiterhin in Bornheim zu sehen und bietet anderen an, unsere Stadt zu ihrem Lebensmittelpunkt zu machen. Wir kehren damit eine vermeintliche Schwäche des ländlichen Raumes zur Stärke um: Nämlich die räumliche Nähe zu den Verkehrsadern bei gleichzeitigem Übergang in die grüne Randzone der Orte. Ein deutlich verlangsamtes Wachstum mit dem Ziel, Bornheim als Wohnstadt aufzuwerten, statt hemmungslos in die Hanglagen oder in Bereiche unter Hochspannungsmasten hinein auszuweiten, ist zudem auch ein aktiver Beitrag, die Folgekosten einer explosionsartig ausufernden Bebauung für alle Bürger in den Griff zu kriegen, auch wenn dies möglicherweise den Profit einzelner mindert.

Bis letztes Jahr hinein fand Stadtentwicklung in Bornheim vor allem nach der Devise „Schneller, höher, weiter“ statt. Vor dem Hintergrund völlig unrealistischer Erwartungen an das weitere Wachstum von Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehr entstanden all' jene Fehlplanungen, mit deren Folgen wir heute und in der Zukunft zu kämpfen haben. Dass für Bornheim weniger manchmal mehr sein kann, haben wir auch bei den Planungen zum Bau von Straßen und Plätzen unter Beweis gestellt. Attraktive Stadtteilverbindungen mit breiten Rad- und Gehwegen, viel Grün und Wiedererkennungswert sollen das Stadtgebiet im positiven Sinne umgestalten. Solche Projekte brauchen viele Jahre, die notwendigen Mittel wurden trotz der schlechten Finanzlage in den Haushalt eingestellt. An dieser Stelle möchte ich genauer auf folgendes eingehen:

- der längst überfällige Radweg zwischen den Ortschaften Sechtem und Merten wird nun endlich in Angriff genommen, aber von einem schlüssigen Radwegekonzept sind wir noch immer Meilen entfernt
- beim Straßenbau konnten wir etliche Ausbauprojekte in der Zeitachse nach hinten schieben und den Mitbürgerinnen und Mitbürgern so eine längerfristige Planung die auf sie zukommenden Ausbaukosten gewähren.

Gestatten Sie mir, dass ich an dieser Stelle nicht auf weitere Straßenbauprojekte eingehe.

- Aber eine Ausnahme soll hier sein, nämlich der Gehweg Broichgasse in Merten. Wenn wir im Haushaltsplan den Straßenausbau Broichgasse vorziehen, dann sollten wir gleichzeitig auch den fehlenden Bürgersteig realisieren- dies spart nicht zuletzt auch Kosten.
- Auch ist es uns gelungen, bei der Haushaltsstelle Schulwegsicherungsmaßnahmen 15 000€ zusätzlich einzustellen, um die Schulwegsicherungsmaßnahmen im Stadtgebiet voranbringen zu können.
- Dass eine Photovoltaikanlage im Haushaltsplan mit 25000€ eingesetzt wurde, freut uns außerordentlich. Dass jedoch die Stadtverwaltung es versäumt hat, Haushaltsstellen für die Förderung nach dem REN- Programm sowie für die Einnahmen aus dem Stromverkauf, die wir bereits in 2005 erwarten können, einzustellen, kritisieren wir. Dies zeigt umso mehr, dass es innerhalb der Stadtverwaltung immer noch Vorbehalte gegenüber dieser neuen Technologie zugeben scheint. Die Stadt vergibt sich hier unnötigerweise auch Einnahmemöglichkeiten.

Die Vorschläge der FDP betrachten wir mit großer Skepsis. Bei steigenden Bevölkerungszahlen ist eine immer weitergehende Verschlankung der Verwaltung kaum möglich. Wenn die FDP in Presseerklärungen heftig die „Vollkasko-Mentalität der Bürger“ beklagt, bedient sie mit ihrer undifferenzierten Forderung, die Hallennutzungsgebühr auf Kosten der Steuerzahler auch für gut verdienende Erwachsene abzuschaffen, genau diese Mentalität!

Wir bitten die Öffentlichkeit um Verständnis, wenn angesichts der leeren Kassen auch zahlreiche Grüne Anliegen zurückstehen mussten. zugunsten durchsetzbarer Forderungen im Sozialbereich

- Keine Entwarnung - Weitere Sparrunden und Schuldenabbau sind erforderlich.

Wir begrüßen auch die Umsetzung vertraglich zugesagter Erhöhungen im Jugend- und Sozialbereich und die Fortführung von Finanzierungsbeschlüssen aus dem Vorjahr.

Würden die Freien Träger der Stadt weg brechen, müssten deren Leistungen von der Stadt übernommen werden, was uns weitaus teurer kommen würde! Angesichts des Finanzmangels der öffentlichen Hand brauchen wir neue Konzepte und keine Kürzungen bei denen, die die soziale und kulturelle Arbeit tragen.

Stärkung des Bildungsbereiches trotz klammer Kassen

Die Grüne Fraktion hat erfolgreich zukunftsorientierten Ausgaben auf den Weg gebracht!

Zusätzliche Mittel in Höhe von 11240€ für die flexible Eingangsstufe an Grundschulen.

Dieser Ausgabe ist ein wichtiger Baustein zum längst überfälligen Umbau unseres Schulsystems. In die gleiche Richtung zielen die Zusätzlichen Mittel zum Ausbau des A-v-H-Gymnasiums als Ganztagsgymnasium. Nur so kann die Stadt langfristig ihrer Pflichtaufgabe auf angemessene Förderung ihrer Schüler und Schülerinnen sowie den zeitgemäßen Bedürfnissen vieler junger Familien nachkommen. Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der angekündigte Rückzug der katholischen Kirche aus bewährten Angeboten der Kindertagesbetreuung stellt unsere Kommune vor weitere Herausforderungen. Hier gilt es frühzeitig, Kontakte zu potentiellen Trägern sicherzustellen und bei der dann Anstehenden Unstrukturierungen die überfälligen Angebote für Kinder unter 3 Jahren auf den Weg zu bringen.

Da wir bereits in den letzten Jahren in Um- und Ausbau der Bornheimer Schulen viel Geld investiert haben, bestehen auch hier weitere Bedarfe. Ebenfalls werden für die zügige flächendeckende Umsetzung von Ganztagsangeboten an den Grundschulen weitere Mittel benötigt. Hier ist unter Umständen auch eine über das bisher übliche Maß hinausgehende Beteiligung der Stadt an den Unterhaltungskosten an zu denken. So fährt z.B. die Stadt Bonn mit unbestrittenem Erfolg das Modell OGS-Plus, um an sozialen Brennpunkten zusätzliche Förderangebote für Kinder mit besonderem Förderbedarf zu installieren. ( Stichwort: Kinder aus dem sogenannten „Bunten Viertel“. Herderstr./Knippstr. )

Die grüne Fraktion sieht alle Ausgaben im Bildungsbereich mit Priorität kein Cent ist hier zu viel!

Diese Ergebnisse der Verhandlungen der Fraktionen sind im heutigen "Kämmereipaket" enthalten und warten auf ihre Verabschiedung.

Grundsätzlich halten wir den Weg, auf den sich der Haupt- und Finanzausschuss hier verständigt hat, für richtig und erwarten vom der begleitenden Kommission für Haushaltssanierung sachgerechte und mutige Vorschläge für eine möglichst effiziente Nutzung der kommunalen Finanzen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in vielen anderen Bereichen steht Bornheim gut da und angesichts des hohen Haushaltsdefizits heißt Bestandssicherung das Gebot der Stunde.

Wir sind daher in diesem Punkt mit dem Kämmerer völlig einig:  
Es gibt keine Entwarnung für die Stadtfinanzen!

Die Entlastungen durch steigende Einnahmen erfolgen auf niedrigem Ausgangsniveau und heben uns nicht in die schwarzen Zahlen. An weiteren Sparrunden werden wir nicht vorbeikommen. Die Konsolidierung der Stadtfinanzen dürfen wir daher nicht aus den Augen verlieren.

Zuallererst möchte ich der Verwaltung und der Kämmerei unseren Dank aussprechen. Sie haben diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe mit Bravour gemeistert. Wir sind bereits dabei, unsere Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre und Bilanzrecht den neuen Verhältnissen anzupassen. Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die uns das neue Werk kompetent erklärt und alle Fragen dazu beantwortet haben.

Der anwachsende Schuldenberg der Stadt macht uns große Sorgen. Einerseits sind Kredite notwendig, um notwendige Maßnahmen zu finanzieren. Vieles, das wir jetzt nicht anpacken, käme uns später noch teurer. Dazu zählen die Instandhaltung von Infrastruktur und Schulen und die bessere Ausstattung des Bildungsbereiches. Die Stadt darf nicht totgespart werden. Sicher, sie hat ein Einnahmeproblem. Ob sie ein Ausgabeproblem hat, darüber kann gestritten werden. Aus Verantwortung für nachfolgende Generationen, deren Handlungsfähigkeit und Gestaltungsspielraum darf eine jährlich wiederkehrende Netto-Neuverschuldung aber nicht zum Standardinstrument des Haushaltsausgleiches werden. Im Gegenteil, wir müssen anstreben, diese auf Null zu fahren und den Schuldenstand abzubauen.

#### Politische Rahmenbedingungen der Kommunalfinzen

Wie es die nächsten Jahre weitergeht, hängt also nicht nur von der allgemeinen Entwicklung, vornehmlich der Gewerbesteuer, ab. Das Gewerbesteueraufkommen hat sich für die Kommunen insgesamt erholt und wird bis 2007 mit großer Wahrscheinlichkeit weiter steigen.

Wir sind nach den Erfahrungen der letzten Jahre alle skeptisch geworden. Die aktuellen Zahlen des Bundesfinanzministeriums - die mit dem Brief vom 30. Juli 2004 den Bundestagsfraktionen zugestellt wurden - lassen dennoch die Hoffnung zu, dass diese Talsohle der Kommunalfinzen durchschritten ist.

Die Gründe liegen in einer Stabilisierung und Verstetigung der Einnahmen, u.a. durch Einführung der Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen und einer Senkung der Gewerbesteuerumlage. Würden weitere grüne Vorschläge umgesetzt, könnten die Einnahmen der Kommunen sogar noch erhöht werden. Dazu müsste die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer verbreitert werden, was derzeit an der Union scheitert. Auch die sog. Organschaften wurden - wie wir das gefordert hatten - nicht abgeschafft.

Die Risiken der Stadtfinzen und die ernste Lage habe ich angesprochen. Investitionen aus eigener Kraft sind nicht oder kaum noch möglich, weitere Sparrunden sind unumgänglich.

Uns war klar, dass diese Haushaltsberatungen im Hauptausschuss in diesem Jahr sehr kurz sein würden. Es gibt nichts zu verteilen und nur noch wenig zu gestalten. Deshalb kommen wir an einer gemeinsamen Kraftanstrengung, die Stadt Bornheim aus der Finanzmisere zu führen, alle nicht vorbei. Die Gestaltung des Mangels erfordert Bewegung bei allen Seiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, werte Freunde der Bunten Liste Bornheims,

der vorliegende Etat bildet den Rahmen zur Fortsetzung der von uns Grünen mit entwickelten und getragenen Politik der vergangenen Monate. Wir erwarten, dass Bürgermeister und Verwaltung ihn auch in diesem Sinne umsetzen. So reizvoll es ja wäre, die Elastizität der Gelben Fraktion mal einem Praxistest zu unterziehen: Für uns steht die vernünftige Weiterentwicklung Bornheims für die Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund. Das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger ist für uns eine der tragenden Säulen unseres Gemeinwesens, deshalb kommen Streichungen am Haushalt so z.B. dem Kulturforum, dem Musikschulverein

oder gar dem Schwimmbad für uns heute nicht in Frage. Unsere Stadt mit all ihren Dörfern kann sich sehen lassen. Trotz der allgemeinen zu beklagenden Finanznot ist unser Bornheim weiterhin eine schöne Region zwischen den Großstädten Köln und Bonn; zum Wohnen und in der Zukunft hoffentlich auch vermehrt zum Arbeiten.

Schaffen wir gemeinsam weiter miteinander daran, dass unsere Heimat so liebens- und lebenswert bleibt.

Schauen wir trotz allem optimistisch nach vorne!

Werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, liebe Mitbürgerinnen.

Im Rahmen der Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Fraktionen im Stadtrat Bornheim trägt Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Haushaltssicherungskonzept 2005 mit. Das bedeutet nicht, dass wir inhaltlich mit allem konform gehen, was dieser Haushalt fest- und fortschreibt. Unsere Zustimmung gründet aber auch auf der Zufriedenheit mit den gefundenen Kompromissen, die wir heute abstimmen werden. Nicht zuletzt erfolgt sie aus der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die ein Anrecht auf eine klare und auch in Krisenzeiten handlungsfähige kommunale Finanzpolitik haben.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!